



## **Kleine Anfrage**

des Abgeordneten Martin Kayenburg

**und**

## **Antwort**

**der Landesregierung** – Ministerium für Soziales, Gesundheit und  
Verbraucherschutz

### **Lübecker Zahnärzteschaft**

1. Treffen Meldungen zu, dass die Lübecker Zahnärzteschaft die Behandlung von Patienten, die Mitglieder der Betriebskrankenkassen in Schleswig-Holstein sind, ablehnt?

Antwort:

Der Landesregierung ist bekannt, dass einzelne Versicherte einer Betriebskrankenkasse eingeschränkt behandelt worden sind. Notfälle sind versorgt worden.

2. Wie bewertet die Landesregierung das Verhalten der Lübecker Zahnärzteschaft?

Antwort:

Dieses Verhalten entspricht nicht den vertragszahnärztlichen Pflichten.

3. Gedenkt die Landesregierung, Maßnahmen gegen das Verhalten der Lübecker Zahnärzteschaft zu ergreifen?

Antwort:

Die Landesregierung hat keine unmittelbaren Befugnisse gegenüber einzelnen Vertragszahnärzten. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung ist um eine Stellungnahme gebeten worden, die aber noch nicht vorliegt.

Auf die anliegende Pressemitteilung des MSGV vom 30.06.2004 wird verwiesen.

30. Juni 2004

**Streit zwischen Lübecker Zahnärzten und BKKen**  
**Sozialstaatssekretär Horst-Dieter Fischer warnt**  
**vor ungesetzlichem Verhalten**

Ministerium für Soziales,  
Gesundheit und Verbraucherschutz  
des Landes Schleswig-Holstein



„Ich warne die Zahnärzte in Lübeck vor ungesetzlichem Verhalten. Ich bin überzeugt, dass auch die Kassenzahnärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein auf gesetzeskonformes Verhalten hinwirken wird“, sagte Sozialstaatssekretär Horst-Dieter Fischer heute (30. Juni) in Kiel zu den Honorarstreitigkeiten zwischen den Betriebskrankenkassen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein.

In einem Spruch des Schiedsamtes war im April 2004 den Betriebskrankenkassen zugestimmt worden, rückwirkend ab 2003 die zahnärztliche Behandlung ihrer Versicherten geringer zu honorieren, als dies bisher der Fall war.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Michael Morsch, Ministerium für Soziales,  
Gesundheit und Verbraucherschutz  
Adolf-Westphal-Straße 4, 24143 Kiel,  
Tel: 0431/988-5360, Fax: 0431/988-5344,  
E-Mail: [pressestelle@sozmi.landsh.de](mailto:pressestelle@sozmi.landsh.de)

Presseinformationen der Landesregierung finden Sie aktuell  
und archiviert im Internet unter: [www.landesregierung.schleswig-holstein.de](http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de)  
Das Ministerium im Internet: [www.sozialministerium.schleswig-holstein.de](http://www.sozialministerium.schleswig-holstein.de)